



An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales und Senioren
Herrn Michael Paetzold

Frau
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 07.06.2019

AN/0795/2019

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	24.06.2019

Die Raumfrage lösen: Die Verdrängung sozialer, kultureller und umweltpolitischer Projekte aus der Stadt verhindern!

Sehr geehrter Herr Paetzold,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung des Ausschusses Soziales und Senioren am 24.05.2019 aufzunehmen:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, sich mit den Vereinen, Projekten und Initiativen zusammenzusetzen, um ein Soforthilfe-Programm für die akut betroffenen gemeinnützigen Einrichtungen aufzulegen. Im weiteren Prozess soll unter Einbeziehung der stadtnahen Gesellschaften ein strategisches Handlungskonzept entwickelt werden, damit in der wachsenden Stadt die Verdrängung sozialer, kultureller und umweltpolitischer Einrichtungen strukturell und nachhaltig verhindert und ein vielfältiges Angebot im Stadtzentrum gesichert wird.
2. Das Soforthilfe-Programm soll dem Sozialausschuss in seiner nächsten Sitzung am 05.09.2019 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
3. Das strategische Handlungskonzept soll dem Rat der Stadt Köln spätestens im vierten Quartal 2019 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Begründung:

Köln ist eine dynamisch wachsende Stadt, die mit einem überhitzten Immobilienmarkt zu kämpfen hat. Die Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt sind für jeden zu spüren, und die SPD-Fraktion hat schon in vielen Anträgen Lösungen vorgeschlagen, wie Wohnen in Köln wieder bezahlbar werden kann. Schon länger stehen ebenfalls immer mehr soziale, kulturelle und umweltpolitische Projekte vor dem Problem, in der dichter und teurer werdenden Stadtmitte und in innenstadtnahen Stadtteilen keine geeigneten Räume zu finden. Nach einer eventuellen Kündigung der Mietobjekte sind sie oft chancenlos im Konkurrenzkampf um die spärlich vorhandenen

Räumlichkeiten. Dabei brauchen gerade Beratungsstellen ausreichende, bezahlbare und vor allem nah am städtischen Leben gelegene Büroräume.

Die Kölner Frauenberatungsstelle „agisra e.V.“ ist ein Beispiel dafür, mit welchen Problemen gemeinnützige Einrichtungen in Köln zu kämpfen haben. agisra ist seit 1993 ein fester Bestandteil der Kölner Beratungslandschaft. Die Stelle hat vielen Frauen in Notlagen wichtige Hilfe geleistet. Dabei liegt der Hauptfokus auf der besonders vulnerablen Situation migrierter und geflüchteter Frauen. agisra versteht, dass sich in ihrer Zielgruppe Unterdrückung und Ausgrenzung wegen des Geschlechts oft mit denjenigen wegen ihrer Herkunft, Fluchterfahrung oder Hautfarbe verbindet. Diese Sensibilität ist in der Frauenberatungslandschaft keine Selbstverständlichkeit. Der Wert einer Stelle wie agisra ist damit nicht zu überschätzen. Auf einer Kundgebung vor der Ratssitzung am 21.05.2019 machte die Beratungsstelle auf ihre schwierige Raumsuche aufmerksam. Nachdem agisra im Oktober letzten Jahres gekündigt wurde, ist der Verein auf der Suche nach neuen Räumlichkeiten. Ab September 2019 steht er womöglich ohne Dach da. Auf dem freien Markt sei es bisher aufgrund der explodierenden Mietpreise nicht gelungen, ein neues Mietobjekt zu finden.

Ähnliches berichtet das Allerweltshaus in Ehrenfeld, das vielleicht im März 2021 weichen muss. Seit 30 Jahren bietet es in der Körnerstraße interkulturelle Begegnungen. Es ist somit fester Bestandteil der kulturellen Textur von Ehrenfeld.

Weitere Beispiele, z. B. „Jack in the Box“ in Ehrenfeld oder das Kunsthaus KAT18 im Kartäuserwall, haben die Kölner Öffentlichkeit und auch die Politik in den vergangenen Jahren immer wieder beschäftigt. Eine Stadt lebt davon, dass kulturelle Räume genau dort sind, wo sie schnell und einfach für die Menschen erreichbar sind. Auch wenn der Druck des Marktes in Köln sehr hoch ist, darf es nicht sein, dass diese Angebote und Schutzräume verschwinden. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung und der Politik, Hand in Hand dafür Sorge zu tragen, dass in der wachsenden und dichter und teurer werdenden Stadt Räume für Beratung und Kultur bewahrt und neu geschaffen werden können, und dafür Ideen zu entwickeln. agisra schlägt vor, städtische Räume für Beratungsräume zu öffnen, die betreffenden Projekte bei der Suche nach Räumen zu unterstützen und bei Vermietern zu vermitteln sowie die Mietkostenzuschüsse durch die Stadt zu erhöhen.

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin